

**Was also bleibt? - Zur Gegenwart einer linken Vergangenheit
oder
Drei Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit an der Carl von
Ossietsky Universität**

Für Wiland Schmale

Heute erinnern wir uns an drei Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit an der Carl von Ossietsky Universität und - an eine linke Vergangenheit. Vergangenheit ist, was einmal Gegenwart war und von derselben immer weiter forttrückt. Doch zugleich *ist* Vergangenheit dasjenige, ohne das Gegenwart nicht wäre. Denn Gegenwart ist nur dann Gegenwart, wenn es Vergangenheit gibt. Wie ein Subjekt und dessen Bewußtsein nicht sein kann ohne Erinnerung, so eine Institution nicht ohne ihre Vergangenheit und deren Tradierung. Allerdings nimmt diese Universität ihre Vergangenheit nicht so wahr, wie sie geschah, sondern verändert sie ständig im Prozeß der Tradierung. Was bleibt von dieser Vergangenheit? Was muß man geradezu freischaufeln von einer Schicht verfälschender Uminterpretation?

Der Beginn: die Universitätsgründung

Zwei miteinander unvereinbare Konzepte standen sich gegenüber:
A. Das Konzept einer traditionellen Volluniversität, vorangetrieben von den Notablen der Stadt, die sich zu einem "Förderkreis einer Universität in Oldenburg" zusammengeschlossen hatten. 'Wir Oldenburger wollen eine Universität a la Heidelberg oder Göttingen - eminent verschieden von dem, was wir schon haben, nämlich einer Pädagogischen Hochschule', also Neugründung neben der und der Sache nach gegen die PH.

B. Das Konzept einer 'Reformuniversität', vorangetrieben von Professoren der PH. Ausgehend vom Kern einer die verschiedenen Schulformen integrierenden Lehrerbildung sollte schrittweise eine Volluniversität aufgebaut werden, zunächst Sozial-, Geistes- und Naturwissenschaften, dann Jura bis hin zur Medizin.

Das Konzept 'Reformuniversität' setzte sich durch. Aus vielen Universitäten der Bundesrepublik, nicht zuletzt aus Heidelberg und Göttingen, kamen Wissenschaftler, der maßgebliche Teil davon bewegt durch die 68er Revolte, um Universität anders, besser, nicht so, wie sie sie von der Herkunftsuniversität her kannten, aufzubauen, und zwar unter Prinzipien, die dieser Revolte entstammten, nachlesbar in der legendären SDS-Hochschuldenkschrift "Hochschule in der Demokratie" aus dem Jahre 1961. Diese Prinzipien lauteten - und so standen sie in der Präambel der ersten Grundordnung: "gesellschaftliche Verantwortung" der Wissenschaft, "Orientierung an gesellschaftlichen Bedürfnissen", Entscheidungen werden "demokratisch in gleichberechtigter Mitwirkung aller Mitglieder" und nach universitätsöffentlicher Diskussion getroffen, "Verwirklichung des Rechts auf Bildung für alle".. Aus diesen Prinzipien folgte u.a. die paritätische Besetzung aller Entscheidungsgremien, das Eintreten für eine generelle Öffnung der Universität insbesondere für die bislang von universitärer Bildung Ausgeschlossenen (gegen numerus clausus, Zugang zur Uni auch ohne Abitur) und nicht zuletzt das zu Anfang prägende Reformprojekt: die Einphasige Lehrerausbildung.

Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung (ELAB)

Lehrer für die verschiedenen Schultypen Gymnasium, Grundschule, Hauptschule, Realschule usw. wurden überwiegend zusammen ausgebildet und sollten nicht gegeneinander abgestuft privilegiert sein. Der staatliche Vorbereitungsdienst wurde in das universitäre Studium integriert. Erreicht werden sollte mit der ELAB

- eine wissenschaftliche Ausbildung für Grundschullehrer, die Aufhebung von

deren Ausgrenzung und die Integration der PH,

- überhaupt eine Aufwertung der Lehrerbildung, sie sollte wissenschaftlich sein und an universitärer Forschung teilhaben,

- der Vorbereitungsdienst sollte aus den Fängen einer autoritär-verknöcherten Schulbehörde gelöst und in die freiheitliche Universität hineingezogen werden.

Der Modellversuch Einphasige Lehrerausbildung wurde von Vorstellungen getragen, die weit über eine Reform universitärer Lehrerbildung hinausgingen, die auf eine Reform der Schule zielten und insgesamt auf ein Lernen losgelöst vom Zwang, über gute Zensuren an gesellschaftliche Vorteile heranzukommen und durch schlechte Zensuren zensiert und aussortiert resp. einsortiert zu werden. Bildung sollte für alle da sein. Wegen dieser Implikationen erschien der Oldenburger Modellversuch, der einmalig in der Bundesrepublik war, suspekt und stieß auf massiven Widerstand, z.B. beim Philologenverband. Jedoch auch intern gab es Probleme. So war vorgesehen, daß zumindest im Prinzip alle Hochschullehrer Betreuungsaufgaben bei den Schulpraktika übernehmen sollten. Die Lehrerausbildung war ja ein Projekt der gesamten Universität und nicht abgeschoben an die Pädagogen und Didaktiker. Natürlich war da auch viel Dilettantismus im Spiel, sowohl bei den Studierenden, die hochmotiviert ganz neuartige Unterrichtseinheiten entwickelten, als auch bei den Hochschullehrern, die neben ihren sonstigen Aufgaben in die Schulen fuhren, dort sich in den Unterricht setzten und mit dessen Beurteilung zuweilen überfordert waren. Und das Studieren nach Baukastenmodell und nach zufällig ausgewählten Projekten verhinderte ein systematisches Studieren entlang einer Fachsystematik, was gravierende fachliche, auch durch hohe Motivation nicht kompensierbare Mängel zeitigte. Wird die ELAB aus heutiger Sicht beurteilt und - wie es in jüngster Zeit häufiger geschieht - auf den Sockel 'rühmenswerte Vergangenheit' gestellt, so wird in ihr die Vorwegnahme dessen gefeiert, was man heute tut bzw. zu tun vorhat. Insbesondere die verstärkte Hereinnahme von Schulpraxis ins Studium, das Patchwork-Studieren, die Infragestellung des Referendariats und nicht zuletzt die Verkürzung des Studiums finden ungeteiltes Lob. Unverfälschte Beurteilung der ELAB hingegen müßte das Scheitern zur Kenntnis nehmen und

die Gründe für das Scheitern: Jene Vorstellungen eines freien, allein an der Sache orientierten Lernens verpufften in einer zähen und dumpfen Schulwirklichkeit und erwiesen sich als ohnmächtig gegenüber der strukturell abgesicherten Sortierungsfunktion der Schule.

Die Fahrraddemo

Seit ihrer Gründung und mit Aufnahme des Studienbetriebs im SS 1974 fand sich die Universität Oldenburg einer ständigen Verunsicherung seitens der Landesregierung ausgesetzt, was Stellen, Bauplanung sowie die generelle Finanzierung anbetraf. Was die Gründung befördert hatte und was die Universität am Leben hielt, waren Demonstrationen und andere phantasievolle Aktionen insbesondere von Studierenden, Mitarbeitern und Professoren der PH - und dies hatte den Ausschlag zugunsten von Konzept B 'Reformuniversität' gegeben. Im Jahre 1976 hatte die Landesregierung die x-te die jeweils vorhergehende über den Haufen werfende Variante einer Finanzplanung für die Universität Oldenburg vorgelegt - daß die finanzielle Zukunft völlig ungeklärt war, genauer: immer neu verunklart wurde, dies hatte System, mal hieß es: Schwerpunkt in den Naturwissenschaften, mal waren diese zu teuer, stattdessen: Jura. Die Studierenden setzten nicht auf Verhandlungen mit einer solchen Landesregierung, sondern hatten die Idee einer Fahrrad-Demonstration von Oldenburg nach Hannover. Demonstrationsziel war, die Landesregierung zu bewegen, die Kürzungspläne zurückzunehmen, und die Parole der Demonstration: "Für den Erhalt und Ausbau der Carl von Ossietzky Universität". Ziel und Parole - für sich betrachtet - figurierten nun nicht als im engeren Sinne links. Das Widerpenstige und eigensinnig Unbotmäßige lag jedoch in der Aktionsform und was dieselbige symbolisierte. Zunächst das Faktum: 1500 Leute, damals ungefähr die halbe Universität, brechen zu einer zweieinhalbtägigen Fahrradtour von Oldenburg nach Hannover auf - mit einem Zeltlager auf dem Felde zwischendurch. Das Fahrrad steht für eine vermeintlich 'kleine' Technik, über Stunden friedlich Fahrradzufahren stehen für flower und cycle power. Zum Ausdruck

kam darin eine tiefgreifende Mobilisierung der Universitätsmitglieder für die Ziele dieser Universität. (Heutzutage formuliert der Präsident ein "Leitbild" und nutzt es, um Fächer bzw. Fakultäten gegeneinander auszuspielen.) Sie verstanden sie als *ihre* "Reformuniversität" - und dies galt für alle Statusgruppen. Deren Verhältnisse untereinander waren anders: gleichberechtigte Teilhabe und Anerkennung, nur das Argument, nicht gesellschaftliche Stellung oder Macht sollten zählen. Man entdeckte ein einigendes Band zwischen den einzelnen Disziplinen - und setzte sich für die Naturwissenschaften ein, die damals auf der Kippe standen. Als die Idee einer Fahrraddemonstration geboren war und die Vorbereitungen anliefen, schaute der Rektor Bedenken tragend und ein wenig argwöhnisch auf das ihn befremdende, sonderbare Vorhaben: "Das bringt doch nichts!" "Die Landesregierung wird stundenlanges Fahrradfahren so wenig ernst nehmen wie ich selbst!" Erst als ihm Dimension und besondere Qualität der Aktion dämmerten, sprang der Rektor auf, nicht ohne den Versuch zu unternehmen, sich an die Spitze der Karawane zu setzen. Glaubt man Insider-Informationen, dann war die Landesregierung verdutzt und verblüfft durch den in dieser bunten Aktion offenbar werdenden Gesamtwillen einer Universität und verschob die Entscheidung über die schon auf dem Kabinetttisch liegenden Kürzungen. Anschließend wurden die bereits ausgearbeiteten Pläne und insbesondere der Ausbaustop revidiert. So hatte die Fahrraddemo eine ihr gar nicht zugetraute politische Wirksamkeit: Das Bauprojekt Zentralbereich/Bibliothek/Mensa bekam grünes Licht, die Naturwissenschaften wurden nicht gekippt, Wechloy wurde gebaut. Bis hinein in die ganz andersartige Architektur – verglichen mit der bisherigen Beton-Platten-Kasten-Bauweise von AVZ (A 1bis4) und VG (A 6) - führt die Spur von flower und cycle power.

In der ganz unvermeidlichen Einordnung auf einen Ehrenplatz in der Geschichte dieser Universität firmiert die Fahrraddemo als Leistung *der 'Institution'* Universität, die es heute als eben solche Institution ja immer noch gebe. Doch *nur* wenn man fälschlich eine Kontinuität konstruiert, kann die Fahrraddemo dieser *Institution* zugerechnet werden. Damit wird der entscheidende Punkt verpaßt: Es war ein inhaltlich bestimmter Gesamtwille eines sich als

“Reformuniversität” vorstellenden Ensembles vieler Mitglieder dieser Universität, welcher an dem lebendigen geistigen Band, das die einzelnen Disziplinen zusammenhält und zusammenführt, festhielt und *deswegen* die Naturwissenschaften rettete. Wenn nun einige Heutige das Resultat, die so und so ausgebauten Naturwissenschaften, nehmen und dasjenige, was es hervorbrachte, als irrelevante, für die Zukunft nicht zählende Vergangenheit definieren und dann im indikatoren-gestützten Konkurrenzgezeiere um Stellen jenes Band zerschneiden, dann bieten diese Heutigen das seltsame Schauspiel desjenigen, der geschäftig einen Boden umpflügt und dabei verkennt, *welchen* Boden er umpflügt.

Der Streit um die Namensgebung

Der Gründungsausschuß für die Universität Oldenburg votierte für Carl von Ossietzky, einen linken Intellektuellen der Weimarer Republik, Herausgeber der Weltbühne, der bereits 1931 wegen einer Veröffentlichung über die verbotene Aufrüstung der Reichswehr zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, der dann von den Nazis in dem nahe Oldenburg gelegenen Konzentrationslager Esterwegen interniert und damit letztlich umgebracht wurde, den Friedensnobelpreisträger des Jahres 1938. Was aber bewog den Gründungsausschuß, gerade diesen Ossietzky zum Symbol für den kritischen Geist in einer “Reformuniversität” zu machen? Ossietzky hatte die SPD kritisiert: “Sozialismus bei der Sozialdemokratie suchen, nein, das hieße, von einem Brombeerbusch Bananen verlangen”. Und der KPD hatte Ossietzky vorgehalten, sie sei keine lebendige Partei mehr, sie sei von “orthodoxer Erstarrtheit” und dem verhaftet, was der “moskauer Heilige Stuhl jeweils als Dogma verkündete”. Und so hatte Ossietzky für eine neue Arbeiterpartei agitiert, hinter sich lassend die Bürokraten von sowohl SPD als auch KPD. Eine “Reformuniversität” wollte sich, die 68er Revolte verlängernd und eine Weimarer Tradition lebendig machend, nach diesem Carl von Ossietzky nennen - und das war für Niedersachsens SPD die Alarmstufe ‘Rot’. Überschritten war eine Grenze, genauer: der (geistige) Eisernen Vorhang eines Sozialdemokraten, nämlich selbstverständlich Anti-

kommunist zu sein. Ossietzky war kein Antikommunist gewesen und gerade deswegen Kritiker der SPD; eine Carl von Ossietzky lebendig machende Universität erschien für diese Niedersachsen-SPD damit als tendenziell staatsfeindlich. Dem war Einhalt zu gebieten. Also lehnte die SPD-Landesregierung den Namen kategorisch ab und lehnte mithin ab, eine Grundordnung zu genehmigen, die im ersten Paragraphen den Namen Carl von Ossietzky Universität als für diese Grundordnung maßgeblich bestimmte. Das damalige Rektorat handelte eine typisch Oldenburger 'Lösung' aus: Das Rektorat akzeptierte, daß die Grundordnung ohne Ossietzkys Namen genehmigt wurde. Des weiteren verpflichtete es sich, in allen offiziellen Schreiben den Namen Universität Oldenburg (explizit ohne Ossietzky) zu verwenden. Dafür konzedierte die Landesregierung, daß der Grundordnung eine von der Genehmigung ausgenommene Präambel vorgestellt werden dürfe, die das Bestreben der Universität in Worte faßt, doch noch den Namen Ossietzky zu bekommen (ein für die Uni Oldenburg typischer 'Kompromiß', bei den Berufsverbote wurde das ganz analog gemacht: das Rektorat exekutierte Berufsverbote, aber sagte zugleich, es sei dagegen und ihm sei wichtig, genau dies zu sagen und sich so in den Widerstand gegen die Berufsverbote einzureihen; anfänglich waren die Stellungnahmen zu den Studiengebühren ganz analog: der Präsident kassiert schon die Studiengebühren, steht aber im Geiste auf der Seite derjenigen, die gegen Studiengebühren kämpfen, Schneidewind - nach anfänglichem Zaudern - ist der erste Oldenburger Präsident, der sich von solchen 'Oldenburger Lösungen' verabschiedet hat). Im Oktober 1974 brachten Studierende in einer nächtlichen Aktion den Namenszug Carl von Ossietzky an den blauen AVZ-Turm an und machten damit das "Bestreben" für alle sichtbar. Doch genau dies brachte die 'Oldenburger Lösung' ins Wanken. Als Reaktion auf die nächtliche Aktion brach ein öffentlicher Sturm der Entrüstung los - mit dem Namenszug an dem AVZ-Turm war ein sinnfälliges Symbol geschaffen: dies ist keine ordentliche Uni, sondern eine linke. Die SPD-Landesregierung sah die Staatsräson tangiert und mobilisierte konsequenterweise die Staatsgewalt. So gab am 27. Juni 1975 eine SPD-Regierung der Polizei den Befehl, mit der

üblichen Ausrüstung und in Mannschaftsstärke auf das Universitätsgelände einzurücken und daselbst den Schriftzug des von den Nazis ermordeten Friedensnobelpreisträgers zu entfernen. Vier Tage später brachten Studenten den Schriftzug wieder an. Mit dem zwar massiven, doch letztlich gar nicht so durchschlagenden Polizeieinsatz war Carl von Ossietzky endgültig zum Symbol für eine Reformuni geworden, zu einem durch Zustimmung und Ablehnung, durch Projektion und Gegenprojektion gestalteten - und umkämpften Symbol. Auch die herrschenden Kreise der Stadt trugen dazu bei. Für sie bestätigte der Konflikt um das Symbol, was sie schon vorher wußten, nämlich daß diese Reformuniversität ungewollt und ein Fremdkörper war. Manchem in der Universität kam es so vor, als sei in dieser Stadt noch immer präsent, daß der Freistaat Oldenburg das erste deutsche Land mit einer nationalsozialistischen Alleinregierung war, nachdem die NSDAP in der Landtagswahl vom 29. Mai 1932 eine absolute Mehrheit errungen hatte. Jedenfalls startete die Lokalzeitung NWZ eine Kampagne gegen die linke Uni und mobilisierte den Oldenburger Bürger in einer Umfrage. Zwei Drittel der Befragten votierten dagegen, die Oldenburger Uni mit der Erinnerung an den in Esterwegen internierten Ossietzky in einen Zusammenhang zu bringen.

1976 wechselte die Landesregierung zur CDU Ernst Albrechts. Albrecht hielt Kurs, nämlich den Kurs der SPD-Vorgänger-Regierung. Er beanspruchte ein Weisungsrecht der Landesregierung gegenüber der Universität in der Namensfrage und verbot der Universität weiterhin, den Namen Carl von Ossietzky zu führen. Die SPD allerdings vollzog eine bemerkenswerte und charakteristische Wandlung. Im Rektorat der Uni saßen mit der SPD sympathisierende Personen. Ihnen war die nächtliche Aktion der Studenten vom Oktober 74 gar nicht recht gewesen; gegen die von ihrer SPD befohlene Polizeiaktion hatten sie nichts unternommen und dabei eine klägliche Rolle gespielt. Da kam ihnen der ab 1976 amtierende CDU-Ministerpräsident geradezu als *der* Glücksfall zupaß, weil dieser es ihnen ermöglichte, einen verwandelten, in das SPD-Umfeld eingemeindeten Ossietzky aufzubauen. Einen Meilenstein für den Aufbau eines passenden Ossietzky stellte die Verleihung der Ossietzky-Medaillen an einen

Richter am Bundesverfassungsgericht und an einen Gewerkschaftsführer der IG Metall im Mai 1978 dar. SPD-Prominenz hielt Reden: der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter, der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin Pastor Heinrich Albertz, der Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung Peter Glotz - und das Ossietzky-Mahnmal wurde enthüllt. Genau dies, nämlich Enthüllung eines Mahnmals, inszenierte Feierstunde, Uminterpretation, war Gegenstand der Kritik durch die Linke Liste - und an dieser Aktion kann demonstriert werden, was kritische wissenschaftliche Arbeit an einer Universität wie dieser ist. Zunächst die die Feier-Inszenierung störende Aktion: Hochschullehrer der Linken Liste verteilten Flugblätter im DIN A 3-Format, überschrieben mit 'Ossietzky-*Texte*'. Dies bedeutete: Gegen die ritualisierende Feier wurden Texte von Ossietzky als *Flugblatt* an der Universität verteilt. Was hat der Mann überhaupt geschrieben? - Zum ersten Mal gab es damit eine verbreitete Lektüre vollständiger Originaltexte - gegen die Symbolisierungen, Umdeutungen, Vereinnahmungen. Schwer erträglich war das Spiel der SPD. Als sie die Landesregierung stellte, hatte sie der Universität den Namen verboten. Zwei Jahre später, in der Opposition, zelebrierte sie eine Ossietzky-Feier samt Mahnmal-Enthüllung. Ossietzky, der Gegner einer politischen Justiz, sollte als Aushängeschild für eine SPD, die die Berufsverbote vorantrieb, genutzt werden. Dies funktionierte nur dadurch, daß ein politisch verwässerter und auf SPD-Normalmaß gebrachter Ossietzky präsentiert wurde: 'Pazifist' sei er gewesen, wenngleich ein wenig weltfremd - und an solch liebenswerte Anachronismen erinnere man sich doch gerne; 'Humanist' sei er gewesen, der sich für menschliche Wissenschaft eingesetzt habe - und wer könne da etwas dagegen haben?; und natürlich 'guter Demokrat' sei er gewesen - wie das SPDler eben auch seien. Die Wahrheit über Ossietzky war das alles nicht. Ossietzky war - und dies konnte mit den verteilten Texten enthüllt werden, ein scharfer Kritiker der SPD. Die Weltbühne geißelte, daß ein SPD-Polizeipräsident in die Maidemonstration schießen ließ, daß die SPD sich dem anpasse, was sie 'Realität' nenne, nämlich an die Militarisierung der Gesellschaft, an die Aushöhlung der Verfassung. Die SPD sei noch nicht einmal konsequent

republikanisch. Und schon gar nicht sei sie bereit, gegen die Macht des Kapitals vorzugehen: "Niemals ist der Kapitalismus besser geborgen, als in den Zeiten, wo Sozialisten am Ruder sitzen." Die Ossietzky-Texte schlugen eine Brücke zu den Ereignissen des Jahres 1978. Was in den 50 Jahre alten Texten stand und wogegen dieser von den Nazis ermordete Ossietzky sich wehrte, das kam dem aufmerksamen Zeitgenossen bekannt vor, als schriebe Ossietzky über 1978 - und man erschrak. Ossietzky hatte in der *Weltbühne* einen Artikel "Windiges aus der deutschen Luftfahrt" abgedruckt, der die verbotene Aufrüstung der deutschen Armee über den Umweg der zivilen Luftfahrt aufdeckte und war deswegen zu 18 Monaten Gefängnis - wegen Landesverrats - verurteilt worden. In Niedersachsen wurde ein Hochschullehrer (Peter Brückner) vom Dienst suspendiert, weil er den Artikel "Buback - ein Nachruf" veröffentlicht hatte. Ossietzky war ein Gegner der politischen Justiz in der Weimarer Republik - die *Weltbühne* dokumentierte, wie eine sich unabhängig gebende Justiz vorzugsweise gegen Linke vorging und sie als Straftäter aburteilte. In der Bundesrepublik setzte die SPD Berufsverbote gegen Personen, die politisch links standen, durch. Es gab die Regelanfrage beim Verfassungsschutz, Linksverdächtige mußten in Anhörungsverfahren (= Verhören durch Ministerialbeamte) *beweisen*, daß sie gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung (ein diffuser, durch jene Ministerialbeamte auslegbarer Begriff) keinerlei Zweifel hegten. - Und sogar noch das Denkmal selbst mit dem überdimensionierten Stacheldrahtknoten lieferte Anknüpfungen: Man dachte an den Stacheldraht um das Atomkraftwerk Brokdorf. Viele Oldenburger Hochschullehrer trafen sich auf der Großdemonstration gegen dieses Atomkraftwerk - schlossen sich fest zusammen und leisteten Widerstand, so wie es jenes Ohrwurm-Lied sie singen ließ.

Seit 1978, seit jener Ossietzky-Feier und der gegen den sozialdemokratischen Vereinnahmungsdreh gerichteten Gegenveranstaltung mit dem Titel "Ossietzky - von der *Weltbühne* zum Denkmal" durchzieht eine Kontroverse diese Universität, zwei einander gegenüberstehende Positionen zu deren Selbstverständnis, wobei in diesem Fall keine typisch 'Oldenburger Lösung' möglich ist:

Die Position A: Sie *verdenkmal* Ossietzky. Der Name wird zum *label*. Für die Funktion als label ist der mit Ossietzky verbundene Inhalt gleichgültig.

Die Position B: Sie kritisiert die *Stillstellung* Ossietzkys *zum Denkmal* und fragt: Was hat er überhaupt geschrieben? Was bedeutet der Geist Ossietzkys für die wissenschaftliche Arbeit an einer heutigen Universität?

Aus Position B resultierte, weil die Lektüre von als Flugblätter verteilten *Weltbühne*-Texten schwerlich auf Dauer gestellt werden kann, eine wissenschaftliche Herausgabe der Werke Ossietzkys, die achtbändige *Oldenburger Ausgabe*.

- Und wie ging es mit Position A weiter, der Stillstellung Ossietzkys zum Denkmal? Ein Denkmal kann man nur einmal enthüllen, und das Ossietzky-Feiern ohne Ossietzky-Inhalt und ohne daß Ossietzky in der 'regulären' Forschung und Lehre sowie dem Alltag einer Universität lebendig ist, verlief sich recht schnell. Es blieb das label. Im Jahre 1991, nach ihrem Wahlsieg in Niedersachsen (Schröder), änderte die SPD das Hochschulgesetz. Die Namensgebung war ab diesem Zeitpunkt Sache der Universität. (Nebenbei: Damit waren die subtilen und verwickelten juristischen Erörterungen, ob nun die Namensgebung in die Rechts- oder in die Fachaufsicht der Landesregierung falle, zwar nicht entwirrt und geklärt, sondern durch den einen Federstrich des Gesetzgebers für nichtig erklärt worden.) Die CDU, im Opportunismus der SPD nicht nachstehen wollend, stimmte zu, so daß nun beide Parteien einträchtig der Universität Oldenburg den Namen Carl von Ossietzky zugestanden. Position A feierte dies als *ihren* 'Sieg' - und hatte damit sogar recht. Wie Sieger mit Besiegten verfahren, demonstrierte unlängst der Präsident: Er, Schneidewind, räume ein, daß durch die wesentlich von ihm selbst vorangetriebene und gewaltsam durchgesetzte 'Neugründung' der Sozialwissenschaften in Oldenburg Personen berufen wurden, für die Ossietzky nichts bedeute, daß also Ossietzkys Geist aus Forschung und Lehre an dieser Universität vertrieben worden sei. Doch da für die Uni das label schon wichtig sei und gepflegt werden müsse, sei er bereit, eine TV-13-Stelle aus Studiengebühren zur Verfügung zu stellen, wenn die nun in den Ruhestand gehenden Professoren insbesondere der Sozial-

wissenschaften ein Ossietzky-Kolleg für den (ihren) Dritten Lebensabschnitt gründeten.

Projekt 48 *Anfänge in der Wissenschaft*

An diesem Beispiel möchte ich zeigen, worin kritische wissenschaftliche Arbeit an dieser Universität, die einst “Reformuniversität” sein wollte, lag. Zentral war damals das Projektstudium - und das Projekt, das als Modell galt und das fast die gesamte Universität mehr oder minder vernetzte, war das Projekt *Haarenniederung*. Es erhob den Anspruch, die Diplom-Studiengänge in den Naturwissenschaften mit der Lehrerbildung und überdies auch noch die naturwissenschaftlichen mit den sozial- und geisteswissenschaftlichen Studiengängen zu verknüpfen. Ein gesellschaftliches Problem, in diesem Fall der Lebensraum der Haarenniederung, sollte impulsgebende Ausgangsfrage, kontrollierendes Maß der Bewertung und integrierendes Zentrum für die einzelnen Teilprojekte sein. Um dieses Zentrum herum, also um so komplexe Fragen wie: Warum stinkt der Fluß oder kippt er um? Welche Interessen bestimmen die Lebensbedingungen in der Haarenniederung? Wie könnte ein ernstzunehmender Umwelt- und Landschaftsschutz aussehen? sollten sich Studieneinheiten wie Module (zwar gab es den Terminus damals nicht, die Baukastenvorstellung aber schon) gruppieren, also die Wasser-Analyse, daran aufgezogen das chemische Grundpraktikum, die botanischen Bestimmungsübungen usw.

Gegen dieses damals vorherrschende Projekt-Konzept wandte sich das Projekt 48 mit folgenden Argumenten:

1) Das Zerschlagen der Fachsystematik sei zum einen sachlich unsinnig und zum anderen für das Lernen einer Wissenschaftsdisziplin (wie Mathematik, Physik, Chemie u.a.) kontraproduktiv. In der Fachsystematik selbst (mal abgesehen von der zuweilen ungenügenden, weil erklärungslosen Vermittlung) liege nichts Autoritäres, vielmehr gebe sie eine sinnvolle Reihenfolge und ein verständliches System des Wissens vor.

2) Gehe man von dem “gesellschaftlichen Problem” als dem integrierenden Zentrum für eine Studienorganisation aus, dann ordne man die wissenschaftlichen Inhalte den einzelnen Problemen der Praxis unter, d.h. man bewerte wissenschaftliche Inhalte nach politisch-gesellschaftlicher “Relevanz”, was an die fälschlich als ‘Sachzwänge’ ausgegebene und durch die gegenwärtige gesellschaftliche Macht präformierte ‘gesellschaftliche Praxis’ ausliefere und was die Wissenschaft treibenden Subjekte entmündige. Zwar sei zu konstatieren, daß in den Naturwissenschaften sehr wohl eine Parzellierung und Isolierung einzelner Wissenschaften resp. Teildisziplinen erfolge - damals ‘Departementalisierung des Geistes’ genannt - und daß im aktuellen Forschen und Lehren das die Disziplinen zusammenhaltende geistige Band gar nicht mehr präsent oder lebendig sei. Wenn jedoch gerade in einer solchen Situation die wissenschaftlichen Inhalte um einen Praxis-Zweck, der ja vorfindlich, zufällig gegeben und nicht von den Subjekten gesetzt oder bestimmt ist, gruppiert wird, dann befördere man freilich nur jene zu beklagende Tendenz der Entmündigung. Wie aber ist - so die Kardinalfrage des Projekts 48 - der universelle Geist, der aus der aktuellen Wirklichkeit des Wissenschaftsbetriebs entwichen zu sein schien, wiederzubeleben? Wie kann er als Antriebskraft für wissenschaftliches Arbeiten in den Naturwissenschaften und der Mathematik (neu) entdeckt, auferweckt oder neu erfunden werden?

Das Projekt 48 machte ein Angebot für die Studieneingangsphase, und zwar für *alle* Naturwissenschafts- und Mathematik-Studierende *gemeinsam*. Die erkenntnisleitende Frage lautete: “Womit muß der Anfang der Wissenschaft gemacht werden?” - dabei ‘Anfang’ verstanden als der Grund oder das Prinzip dessen, was daraus hervorgeht. Womit fängt Wissenschaft an? Womit fing sie - historisch gesehen - an? Womit fängt sie - systematisch gesehen - an oder sollte sie anfangen? Was ist der Grund für die Frage nach dem Anfang oder Prinzip? Und die Antwort des Projekts 48: Angefangen werden sollte mit einem Begriff dessen, was wissenschaftlicher Arbeit, was der Gegenstand der Wissenschaft ist und was demnach Naturwissenschaften und Mathematik überhaupt sind, wie Theoriebildung in den Wissenschaften funktioniert und was experimentelle

Arbeit bedeutet und was sie bewirkt. Soweit die abstrakte Skizze. Dies wurde an Modellen, und zwar an Modellen aus der Wissenschaftsgeschichte erläutert - Begriff der Bewegung, der Masse, der Kraft, der Trägheit usw., dazu dann Aristoteles' *Physik*, Galileis *Discorsi* und *Dialog über die beiden hauptsächlichsten Weltsysteme*. Wichtig war dabei: a. Es wurden grundsätzlich erst einmal Originaltexte gelesen. b. Das aus der Wissenschaftsgeschichte Herausgenommene war Modell, um damit die Gegenwart *begreifen* zu können, *ersetze* jedoch nicht das fachsystematische Studieren. Über den Begriff der wissenschaftlichen Arbeit gelang es, jenen falschen Praxis-Begriff in der damals verbreiteten Konzeption des "Projekt-Studiums" zu kritisieren. Geht es um eine wissenschaftliche Behandlung der Berufspraxis, dann kann man nicht auf der Erscheinungsebene stehen bleiben, d.i. die gegebene Berufspraxis-Realität so affirmieren, wie sie vorfindlich ist. Erst die Konfrontation mit den Prinzipien der wissenschaftlichen Vernunft ermöglicht die Unterscheidung, was an den gegebenen gesellschaftlichen Praxis-Problemen wahrhaft Seiendes und was falsches Seiendes ist.

Fazit

Ich wollte über "linke Vergangenheit" und "drei Jahrzehnte wissenschaftlicher Arbeit an der Carl von Ossietzky Universität" sprechen. Mein Thema war zu weit, zu groß. So habe ich lediglich über ein Jahrzehnt, nämlich das erste, gesprochen und dabei auch nur über einige, Schlaglichter werfende Begebenheiten. Für das Fazit will ich auf einen Begriff zurückkommen: die "Reformuniversität". Damals, im ersten Jahrzehnt dieser Universität, wurde darunter folgendes verstanden: Das Ausbrechen aus der tradierten Ordinarienuniversität; das Über-Bord-Werfen von überkommenen Lehr- und Lernformen wie z.B. der als autoritär empfundenen Vorlesungen; das bohrende Fragen nach der gesellschaftlichen Bedeutung dessen, was man an der Universität tut; das Offen-Sein für Impulse aus den gesellschaftlichen Verhältnissen; die Definition der Universität als ein Raum wissenschaftlicher Vernunft; alle an der

wissenschaftlichen Arbeit Beteiligte sollten mit gleichen Rechten ausgestattet sein, nur das Argument, nicht aus Machtpositionen herrührende Vorrechte sollten zählen. Berufen wurden an diese "Reformuniversität" sehr junge Wissenschaftler, die, wenn überhaupt, dann gerade eben habilitiert waren und die überwiegend außerhalb des disziplinären mainstream standen. In den Naturwissenschaften waren das Wissenschaftler, die an angewandten und insbesondere an ökologischen Fragen arbeiteten. Wissenschaft sollte sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren, allerdings - wohlgemerkt - den richtigen, d. i. für die Masse der Bevölkerung - für 'die da unten' - relevanten Bedürfnissen. Insofern waren die allermeisten in einem diffusen Sinne antikapitalistisch, das hieß, sie waren in ihrem Herzen auf der Seite der Unterdrückten, Erniedrigten und verächtlich Gemachten, auf der Seite der insgesamt Benachteiligten und damit gegen industrielle Auftragsforschung (heute 'Drittmittelinwerbung' genannt). Und man orientierte sich an den sog. "Bewegungen", als da waren die "Anti-AKW-Bewegung" (von der Versammlung Oldenburger Professoren vor dem Zaun in Brokdorf, durchaus nicht uninvolviert in die Auseinandersetzungen mit der Polizei, habe ich gesprochen), die "Ökologiebewegung", die "Friedensbewegung" gegen Kriege in aller Welt und insbesondere gegen die Aufrüstung mit Pershing II-Raketen, die "Frauenbewegung", Heute findet man davon zuweilen mehrdeutige Spuren, deren Ursprünge allerdings überwiegend unkenntlich (gemacht) geworden sind, weil ein Umwandlungsprozeß - analog demjenigen von der *Weltbühne* zum Denkmal - einsetzte. Wer von den neu Hinzugekommenen entdeckt in dem heutigen ICBM noch einen Funken aus der damaligen "Ökologiebewegung"? Und bei der aktuellen gender-Forschung vermag selbst ich nicht mehr aufzuspüren, wo der Impuls einer Anja Meulenbelt - "Die Befreiung der Frauen kann nur durch die Abschaffung des Kapitalismus gelingen!" - geblieben ist. Die Beziehung auf die sog. Wurzeln ist durchweg so, daß der Umwandlungsprozeß affirmativ und demgemäß begriffslos hingestellt wird, nämlich als Übergang zu dem, was in der heutigen Konkurrenz der Universitäten nötig ist, einem "Profil". "Vom Projekt einer Universität zur

Universität mit Profil”, so charakterisierte der ehemalige Kanzler Lühje den Umwandlungsprozeß. Der gegenwärtige Präsident Schneidewind bemerkte, daß die Universität Oldenburg besser dran sei als die PH Lüneburg, die eine Werbeagentur bezahlen mußte, um einen profilgebenden Kunstnamen (Leuphana) zu erfinden, was süffisant sein sollte und verräterisch war, weil er in diesem Vergleich offenlegte, worum es ihm geht. Der Leiter der Stabsstelle “Presse und Kommunikation” beurteilte den Umwandlungsprozeß als *Prozeß der Reifung*, wenn er bezogen auf die 70er Jahre von den “Flegeljahren der Universität Oldenburg” sprach.

Was also bleibt?

Die Entwicklung der “Reformuniversität” zum heutigen Zustand ist ein aufgeschlagenes Buch, sedimentierte Praxis einer linken, verändernden wissenschaftlichen Arbeit. Was bleibt den Heutigen? - Das Lesen in diesem Buch, das ja gesellschaftliche Wirklichkeit ist, mit der “Kraft und Arbeit des Verstandes”, einer wundersamen Macht. Heutiger Geist gewinnt seine Wahrheit nur, indem er in der Zerrissenheit dieser vergangenen Universitätsgeschichte *sich selbst* findet. “Diese Macht ist er nicht, als das Positive, welches von dem Negativen wegsieht” (Hegel: *Phänomenologie des Geistes. Vorrede*, im folgenden paraphrasiert) - ist er also nicht, wenn er die Geschichte dieser Universität darauf trimmt, das heutige “Profil” hervorgebracht zu haben, und so affirmiert, wie toll und frühzeitig die Uni Oldenburg auf den Umweltzug aufsprang. Wer wissen will, was heute wissenschaftliche Arbeit an einer Universität sein soll, muß den jene Zerrissenheit erzeugenden Widersprüchen ins Angesicht schauen und bei ihnen verweilen. Dieses Verweilen ist die Zauberkraft, die diese Widersprüche in lebendigen Geist verwandelt.